

Unterrichtung

Hannover, den 12.04.2019

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Vertreibung und Gewalt nicht vergessen - Leistung der deutschen und jüdischen Zugewanderten aus Russland anerkennen

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 18/1544

Beschluss des Landtages vom 24.10.2018 - Drs. 18/1948 (nachfolgend abgedruckt)

Vertreibung und Gewalt nicht vergessen - Leistung der deutschen und jüdischen Zugewanderten aus Russland anerkennen

Die aus den Staaten des ehemaligen Ostblocks und vor allem der früheren Sowjetunion zu uns nach Deutschland gekommenen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie Jüdinnen und Juden sind ein Bestandteil unseres Gemeinwesens und prägen bis heute die deutsche Identität mit. Sie hatten und haben maßgeblich Anteil an der gesamteuropäischen Geschichte und sind gleichzeitig ein Musterbeispiel gelungener Zuwanderung und Integration. Die Erinnerung an ihre reiche und bewegende Geschichte, ihre kulturellen Werte und ihre teils jahrhundertealten Traditionen müssen über die Generationen hinweg wachgehalten werden.

In der Zarenzeit nach Russland gerufen, hatte die deutsche Minderheit dort in Frieden und Eintracht gelebt. Die Deutschen waren willkommene, begehrte und innovative Einwanderer. Das sogenannte Einladungsmanifest, das Zarin Katharina die Große im Jahr 1763 erließ, war der Grundstein für diese historische Erfolgsgeschichte, von der das Russische Zarenreich erheblich profitierte.

Das vergangene Jahrhundert jedoch bedeutete für die in Russland lebenden Deutschen einen gravierenden Einschnitt. Symbolhaft hierfür steht das Schicksalsjahr 1941. Mit dem Einmarsch der nationalsozialistischen deutschen Truppen in Sowjetrußland wurde eine Spirale der Gewalt in Gang gesetzt. Die Wolga- und Schwarzmeerdeutschen fielen unter Generalverdacht der stalinistischen Diktatur. Das Dekret der Sowjetregierung vom 28. August 1941 brandmarkte ehemals willkommene und geachtete Bürger pauschal zu Staatsfeinden - und das mit schrecklichen Konsequenzen: Innerhalb weniger Monate wurde fast eine Million Deutscher aus ihren angestammten Siedlungsgebieten an der Wolga und in der Südukraine vertrieben, nach Sibirien oder Mittelasien verschleppt und zur Zwangsarbeit gezwungen. Viele überlebten diese unmenschlichen Strapazen nicht.

Die Deportation der Russlanddeutschen war eine Tragödie. Sie hat tiefe Spuren hinterlassen, nicht nur bei der Generation derer, die das erleben mussten, sondern auch bei ihren Kindern und Enkelkindern. Sie alle hatten besonders hart unter den Folgen des 2. Weltkriegs zu leiden. Dennoch pflegten sie ihre kulturellen Traditionen und Werte. Nicht selten mussten sie dafür schwerwiegende Nachteile in Kauf nehmen. Deshalb hat Deutschland bis heute eine besondere Verantwortung für die Deutschen aus Russland und ihre Familien.

Wie viele andere deutschstämmige Vertriebene haben auch die Russlanddeutschen trotz des ihnen zugefügten Leids nie aufgegeben. Sie haben sich der Aussöhnung der Völker verschrieben und den Blick nach vorne gerichtet. Und das, obwohl sie auch nach dem Krieg noch jahrzehntelang drangsaliiert und schikaniert wurden und erst spät eine neue Heimat fanden.

Neben Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern kamen auch jüdische Zugewanderte aus der ehemaligen Sowjetunion. Diese Menschen, die als sogenannte Kontingentflüchtlinge einwanderten, bilden heute die Grundlage wieder aufblühender jüdischer Gemeinden in Deutschland, dem Land der Shoa. Hätte diese Einwanderung so nicht stattgefunden, gäbe es vermutlich keine jüdischen Gemeinden jenseits der großen Städte und Metropolen mehr. Der Landtag ist froh und dankbar, dass es wieder jüdisches Leben in Niedersachsen und Deutschland gibt.

Es ist von zentraler Bedeutung, dass wir die Geschichte, aber auch die vielen Erfolge, Fähigkeiten und Fertigkeiten der zu uns „zurück“-gekehrten Deutschen und Jüdinnen und Juden aus Russland einer breiten Öffentlichkeit vermitteln. Ihre Anstrengungen und ihre Zielstrebigkeit in Schule, Beruf oder Freizeit und ihre aktive Rolle in Staat und Gesellschaft können gerade heute vielen anderen Migranten, die zu uns kommen und Teil unserer Gesellschaft sein wollen, Mut machen und Vorbild sein.

Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung,

1. die historischen Leistungen der deutschen und jüdischen Zugewanderten aus Russland, ihre erfolgreiche soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration und ihre Verdienste für die Versöhnung in einem friedlichen Europa und ihren vorbildlichen Verzicht auf Gewalt und Vergeltung wo immer möglich zu dokumentieren und insbesondere beim Ausbau des Friedland-Museums in geeigneter Form zu berücksichtigen,
2. das ehrenamtliche Engagement der Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland nachhaltig zu unterstützen und in Zusammenarbeit mit dem Bund der Vertriebenen zu fördern,
3. eine Bundesratsinitiative zu prüfen, deren Ziel es ist, einen finanziellen Nachteilsausgleich bei der Rentenberechnung für Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler bzw. ein Ende der Benachteiligung jüdischer Zugewanderter zu erreichen, der die Arbeitsleistung im Herkunftsland angemessen berücksichtigt, um auch in diesem Bereich und insbesondere vor dem Hintergrund der historischen Leistungen Altersarmut zu vermeiden.

Antwort der Landesregierung vom 11.04.2019

Zu 1:

Niedersachsen pflegt gute Verbindungen zu den Jüdischen Landesverbänden und unterhält dazu langjährige vertraglich festgelegte Beziehungen:

Aufgrund des geschichtlich bedingten besonderen Verhältnisses zu seinen jüdischen Bürgerinnen und Bürgern und zur Erhaltung und Pflege des gemeinsamen deutsch-jüdischen Kulturerbes, beteiligt sich Niedersachsen an den jeweiligen Ausgaben der jüdischen Gemeinschaft in Niedersachsen für deren religiöse und kulturelle Bedürfnisse und für ihre Verwaltung. Die Gelder werden über die beiden Landesverbände (Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen - Körperschaft des öffentlichen Rechts und Landesverband Israelitischer Kultusgemeinden von Niedersachsen - Körperschaft des öffentlichen Rechts) vertraglich zugewendet.

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte haben Kompetenzen mitgebracht, die die Aufnahmegeellschaft bereichert haben. Vorbilder für eine gelungene und erfolgreiche Integration sind Zugewanderte der verschiedenen Generationen, die alltäglich und im gesamten Berufsspektrum ihren unverzichtbaren Beitrag leisten, aber auch beispielsweise in Sport, Kunst, Wissenschaft und Politik herausgehobene Positionen einnehmen. Diese individuelle Lebensleistung muss noch stärker als bisher anerkannt werden. Sie findet sich insbesondere bei den „zurück“-gekehrten Deutschen und Jüdinnen und Juden aus Russland.

Im Oktober 2006 wurde die Landesregierung durch alle seinerzeit im Niedersächsischen Landtag vertretenen Fraktionen beauftragt, parallel zum weiter bestehenden Aufnahmebetrieb im Grenzdurchgangslager Friedland, ein zeitgeschichtliches Museum zu den Themen Flucht, Vertreibung, Migration und Integration zu konzipieren. Mit dem 2016 fertig gestellten ersten Bauabschnitt wurde die Dauerausstellung „Fluchtpunkt Friedland“ im historischen Bahnhofsgebäude realisiert. Wichtiger Bestandteil dieser Dauerausstellung sind auch die deutschen und jüdischen Zuwandererinnen und Zuwanderer aus Russland, die hier umfangreich dargestellt und in ihrer Bedeutung als Zuwanderungsgruppe bis in die Gegenwart gewürdigt werden. Im zweiten Bauabschnitt, bei dem derzeit die konkreten Bauplanungen anlaufen, soll auf dem Areal zwischen dem historischen Bahnhof und dem Grenzdurchgangslager Friedland ein modernes Besucherinnen und Besucher-, Medien- sowie Dokumentationszentrum entstehen. Mit den für diesen Bauabschnitt geplanten Dauerausstellungsflächen sollen die im ersten Bauabschnitt platzierten Themen aufgegriffen und vertieft werden. So

soll etwa im Themenbereich „Erinnerung“ den vielfältigen Formen von Erinnerungen und den unterschiedlichen subjektiven Perspektiven und Narrationen von Personen und Gruppen breiter Raum gegeben werden. In u. a. diesem Bereich werden auch die vom Museum Friedland laufend dokumentierten Quellen deutscher und jüdischer Zuwandererinnen und Zuwanderer aus Russland ihren Raum einnehmen und damit in geeigneter Form berücksichtigt. Darüber hinaus sind zahlreiche Aspekte der Integration und Akkulturation im Hinblick auf die seit 1950 kontinuierliche Zuwanderung dieser Gruppe Bestandteile der gegenwärtigen und zukünftigen Arbeit sowie des Veranstaltungsprogramms des Museums Friedland.

Zu 2:

Neben anderen Trägern der Aussiedlerarbeit erhält auch die Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland Unterstützung und finanzielle Förderung von Maßnahmen, die die kulturelle und gesellschaftliche Eingliederung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sowie deren Familienangehörigen fördern. Für diese Maßnahmen stellt das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport jährlich 116 000 Euro Projektfördermittel zur Verfügung. Auf Anregung des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport werden der Landesgruppe Niedersachsen erstmals ab dem Haushaltsjahr 2019 bis zu 30 000 Euro jährlich Fördermittel für eine hauptamtliche Geschäftsführung zur Verfügung gestellt. Damit soll die bisherige Arbeit der Landesgruppe gewürdigt und das ehrenamtliche Engagement unterstützt werden.

Neben eigenen Veranstaltungen - wie beispielsweise das traditionelle Gedenken an die Geschehnisse und Folgen des sogenannten Stalin-Erlasses zur Deportation der Russlanddeutschen vom 28.08.1941, das Internationale Sportfest im Grenzdurchgangslager Friedland, die Organisation internationaler Kulturfeste und der traditionelle Empfang im Advent - hat sich die Landesgruppe auch an Landesveranstaltungen beteiligt. So konnten zahlreiche Akteure der Landesgruppe im Rahmen „Tag der Niedersachsen“ oder „Tag der Deutschen Einheit“ die Geschichte der Deutschen aus Russland, deren viele Erfolge, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie die Bedeutung „Russlanddeutscher Identität“ einer breiten Öffentlichkeit vermitteln.

Seit 1950 sind insgesamt über 4,5 Millionen Menschen als (Spät-) Aussiedlerinnen und Aussiedler nach Deutschland gekommen, wovon heute rund 360 000 in Niedersachsen leben. Das entspricht laut dem Mikrozensus 2016 einem Anteil von rund 4,4 % der gesamten Bevölkerung Niedersachsens. Die Eingliederung der ausgesiedelten Menschen verlief ab Ende der 80er-Jahre zunächst eher schwierig. Der anfangs als Makel empfundene Umstand, eine russische und eine deutsche Identität zu haben, wird von vielen Aussiedlerinnen und Aussiedlern inzwischen als Vorteil begriffen. Viele sind derweil stolz darauf, die russische Prägung der Familiengeschichte als eine wertvolle Ressource zu begreifen. Es hat sich ein Bewusstsein russlanddeutscher Identität herausgebildet.

Dieses Potenzial nutzt die Landesgruppe Niedersachsen und organisiert und pflegt Kontakte beispielsweise mit Organisationen in den russischen Partnerregionen (Tjumen und Perm) des Landes Niedersachsen. Die Landesgruppe hat damit eine Brückenfunktion inne, die grenzüberschreitende Völkerverständigung in Sinne des europäischen Gedankens zum Ziel hat. Dieses wird von Niedersachsen unterstützt.

Auch die Mitarbeit in der Deutsch-Russischen Regierungskommission für die Angelegenheiten der Russlanddeutschen im September 2018 in Kaliningrad belegt den Willen der Landesgruppe zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit soll dazu dienen, die Potenziale der Russlanddeutschen sowie ihren kulturellen und wirtschaftlichen Beitrag im öffentlichen Leben beider Länder wirksamer zu vermitteln und verstärkt zu würdigen. Zur Vertiefung der Partnerschaftsbeziehungen sowie zur Erweiterung des Kulturdialogs soll zwischen den Deutschen aus Russland und den jungen Russlanddeutschen in Russland 2019 eine kreative Werkstatt gegründet werden.

Des Weiteren wollen beide Seiten die Partnerschaft zu einem wichtigen inhaltlichen Element der Förderung der Identitätsfindung der Russlanddeutschen, der Integration der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler in Deutschland und der Förderung der deutschen Minderheit in den Herkunftsgebieten werden lassen. Die Russlanddeutschen auf beiden Seiten betrachten sich als Bindeglied zwischen Deutschland und Russland, deswegen ist die Partnerschaft auch als Mittel zur Festigung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu betrachten.

Die Landesregierung unterstützt diese Projektarbeit der Landesgruppe Niedersachsen ausdrücklich, denn gemeinsame Partnerschaftsprojekte dienen sowohl der Internationalisierung des Landes als auch der Vertiefung der Integration der zahlreichen bereits in Niedersachsen lebenden Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler.

Darüber hinaus hatte Ministerpräsident Weil Frau Lilli Bischoff als Erste Vorsitzende der Landesgruppe Niedersachsen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland anlässlich der bestehenden 25-jährigen Partnerschaft zwischen dem Land Niedersachsen und der Region Perm Anfang Juni 2018 zu seinem Empfang für den Gouverneur der Region Perm, Herrn Reschentikow, in die Staatskanzlei eingeladen. Die Brückenfunktion der Deutschen aus Russland zwischen Deutschland und Russland wurde erkannt und wird durch die Staatskanzlei unterstützt. So fördert die Staatskanzlei mit unterschiedlichen Beträgen internationale Austausch. Im Jahr 2018 erfolgte eine Förderung in Höhe von 6 500 Euro für eine Partnerschaft der Landesgruppe Niedersachsen mit Organisationen in der Region Perm in Russland. In 2018 waren Gäste aus Perm zu Besuch in Niedersachsen. Für einen „Gegenbesuch“ im Jahr 2019 sind weitere 6 500 Euro in Aussicht gestellt.

Zu 3:

Der Bundesrat hat in seiner 974. Sitzung am 15. Februar 2019 nachfolgende EntschlieÙung (BR-Drucksache 461/18) gefasst:

1. Die Spätaussiedler mussten im Zuge der Deutschen Einheit mit Rücksicht auf die Rentensituation in den neuen Ländern sukzessive Leistungsverschlechterungen nach dem Fremdretenrecht hinnehmen. Diese Leistungsbeschränkungen haben sich erheblich auf die Rentenhöhen der Spätaussiedler ausgewirkt. Die Vertriebenenverbände weisen auf eine drohende Altersarmut der Betroffenen hin.
2. Der Bundesrat ist der Auffassung, dass die damals getroffenen Einschränkungen für Spätaussiedler im Interesse der sozialen Gerechtigkeit spätestens mit dem Rentenüberleitungsabschlussgesetz 2017 insgesamt auf den Prüfstand hätten gestellt werden müssen.
3. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung deshalb auf, die für Spätaussiedler geltenden rentenrechtlichen Vorgaben insgesamt auf den Prüfstand zu stellen, umfassend neu zu bewerten sowie festgestellte etwaige Nachteile im Sinne der sozialen Gerechtigkeit auszugleichen.
4. In die Prüfung einzubeziehen wären Möglichkeiten der Verbesserung der rentenrechtlichen Situation von jüdischen Zugewanderten aus Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion, einschließlich einer Gleichstellung mit Spätaussiedlern im Fremdretenengesetz.

Die Vermeidung von Altersarmut ist eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler dürfen nach langjähriger Beitragszahlung zu Recht erwarten, dass ihre Rente im Alter zum Leben reicht. Dieses gilt natürlich auch für den Personenkreis der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. Entsprechend hat die Landesregierung den EntschlieÙungsantrag des Bundesrates mit dem Ziel unterstützt, die rentenrechtliche Verbesserung von Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedlern sowie ein Ende der rentenrechtlichen Benachteiligung von jüdischen Zugewanderten herbeizuführen.

Damit ist der Bund aufgefordert, die rentenrechtlichen Vorgaben der aus Gebieten der ehemaligen Sowjetunion zu uns nach Deutschland gekommenen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie Jüdinnen und Juden neu zu bewerten.

(Verteilt am 29.04.2019)